

Nr. **XIX. GP.-NR.**  
17 10  
1994 -11- 11

### A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LANNER und Kollegen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Verkehrsentwicklung auf der "Loferer Bundesstraße" B 312.

Mit dem Beitritt Österreichs zur EU fallen die Grenzen und mit 1. Jänner 1997 soll die volle Liberalisierung des bilateralen Verkehrs in Kraft treten. Ab diesem Zeitpunkt würden die von Österreich nach Deutschland (und umgekehrt) fahrenden LKW nicht mehr kontrolliert.

Nach einer Vorgabe der EU hätten sich Österreich und Deutschland über den Transitverkehr durch das kleine und/oder große deutsche Eck bis zum 31. Oktober 1994 einigen müssen. Dieser Termin ist ergebnislos verstrichen.

Nach Meldungen der "Tiroler Tageszeitung" vom 4.11.1994 vertrete Deutschland die Meinung, daß eine "bilaterale" Regelung nicht für Lastautos gelten solle, die von Österreich nach Deutschland und (ohne auf- bzw. abzuladen) zurück nach Österreich fahren. Darunter würden alle Schwerfahrzeuge fallen, die heute im innerösterreichischen Ost-West-Verkehr die Abkürzung über das kleine (Bundesstraße über Bad Reichenhall) oder große deutsche Eck (Autobahn Rosenheim) benützen. Eine Begriffsklärung seitens der EU-Kommission, was im Sinne des EU-Rechts als "bilateraler Verkehr" zu verstehen ist, stehe zudem noch aus.

Der Bezirk Kitzbühel verfolgt den Ausgang der Verhandlungen mit großem Interesse. Sollte es Deutschland gelingen, den Durchzugsverkehr über das kleine oder große deutsche Eck auszusperren, droht dem Bezirk eine Verkehrslawine gewaltigen Ausmaßes. Der innerösterreichische Schwerverkehr wäre gezwungen, in das Salzachtal zu weichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

**A n f r a g e :**

1. Wie lautet der konkrete Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich über den bilateralen Verkehr und welche Hindernisse stehen einem Abschluß entgegen?
2. Welche Position vertritt Österreich bei diesen Verhandlungen?
3. Besteht die Befürchtung des Bezirkes Kitzbühel zu Recht, daß bei einem Scheitern der Verhandlungen der innerösterreichische Schwerverkehr vom kleinen und/oder großen deutschen Eck ausgesperrt wird und sich dieser auf die Route des Salzachtales verlagert?